

NACHRICHTEN

Monitoring: «Vor allem Objektivität»

VADUZ – Mit Gesprächen bei Demokratie-Sekretariat und Liechtenstein-Institut beginnen die Berichtersteller des Monitoring-Komitees des Europarates, der britische Liberale Michael Hancock und der niederländische Sozialdemokrat Erik Jürgens, heute ihre Informationstreffen zur Verfassung. Er erwarte von den Gesprächen «vor allem Objektivität», sagte Jürgens gegenüber Radio L. Während zwei Tagen werden sich die beiden Berichtersteller bei Gegnern und Befürwortern über die Verfassungsreform informieren. So sind heute auch Treffen mit der Gruppierung «Duales Liechtenstein», dem Präsidenten des Staatsgerichtshofes, den Vertretern der drei Parteien und der Regierung geplant. Morgen stehen schliesslich noch Gespräche mit dem Landesfürsten und den Mitgliedern der Verfassungskommission auf dem Programm.

«Unvoreingenommen»

Wie Erik Jürgens gegenüber Radio L ausführte, will er sich seinen Gesprächspartnern unvoreingenommen stellen: «Ich erwarte mir von allen Seiten möglichst viele Informationen.» Ihn beschäftigt jedoch vor allem eine Frage: «Wie ist es möglich, dass ein Fürst ein Referendum ausschreiben lassen kann?» In den Niederlanden wäre dies jedenfalls unmöglich, so Jürgens.

Fehlerhafter Bericht

Liechtensteins Verfassungsreform hat laut Jürgens in den niederländischen Medien zunächst keinen grossen Niederschlag gefunden. Dies habe sich jedoch nach dem Bericht der Venedig-Kommission geändert. Mittlerweile ist jedoch bekannt, dass dieser Bericht in mehreren Punkten unkorrekt ist. So basiert das von der Kommission kritisierte Sanktionsrecht des Fürsten nicht, wie von der Venedig-Kommission dargestellt, auf der Verfassungsänderung. Vielmehr war dieses Sanktionsrecht bereits Bestandteil jener Verfassung, die bei der Europarats-Aufnahme Liechtensteins in diesem Punkt in keiner Art und Weise in Frage gestellt worden ist... (M.F.)

IWF: Tragen unsere Bemühungen Früchte?

TRIESEN – Ende der neunziger Jahre ist Liechtenstein als Finanzplatz international unter Druck geraten. Mit radikalen Gesetzesreformen und massiven Personal-Aufstockungen im Bereich der Justiz, des Justizvollzuges und der Finanzaufsichtsbehörden haben die vorherige und die heutige Regierung versucht, weitere Einbrüche bei dieser lebenswichtigen Einnahmequelle für den Staat und die Volkswirtschaft zu vermeiden. Nur auf diese Weise war es überhaupt möglich, von der ominösen schwarzen Liste der OECD-Arbeitsgruppe gegen die Geldwäscherei herunterzukommen. Inzwischen ist die Regierung noch weiter gegangen. Sie beantragte beim Internationalen Währungsfonds (IWF) freiwillig eine Bewertung der liechtensteinischen Gesetzgebung im Finanzdienstleistungsbereich und deren Vollzug im internationalen Vergleich. Mit einem personellen Kraftakt, in den 13 Verwaltungseinheiten des Staates, sechs Berufsverbände und diverse Unternehmen mit insgesamt 60 Personen eingebunden waren, musste innert kurzer Zeit zu einem Katalog von rund 650 Fragen Stellung genommen werden. Das Ergebnis liegt vor und ist ermutigend. Der IWF attestiert unserem Land, dass es seine Hausaufgaben als Finanzzentrum (mit Schwerpunkt Banken, Versicherungen, Wertschriften etc.) gemacht hat. Bleibt die Frage, ob der grosse Aufwand, der in den letzten Jahren zur Verteidigung unseres guten Rufes als Finanzdienstleistungsplatz betrieben wurde, am Ende auch wirklich Früchte tragen wird. Und ob es sich lohnt hat, so viel Energie und personelle Ressourcen dafür einzusetzen. Mit diesen Fragen, die Radio L ins Rampenlicht seiner Diskussionsrunde vom kommenden Sonntag (6. Juli) stellt, werden Regierungschef Otmar Hasler, Bankenverbands-Präsident Adolf E. Real und Dr. Stephan Ochser, Leiter der Stabsstelle für Sorgfaltspflichten, konfrontiert. Die Sendung beginnt wie immer am Sonntagvormittag, kurz nach den 11-Uhr-Nachrichten.

EWR-Lösung vor Abschluss

Regierungschef Hasler optimistisch zu EWR-Erweiterungsverhandlungen

VADUZ – «Die EWR-Erweiterungsverhandlungen stehen kurz vor Abschluss», sagte Regierungschef Otmar Hasler gestern am Mediengespräch der Regierung, an dem auch Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck und Sozialminister Hansjörg Frick Fragen zu wichtigen Agenden beantworteten.

• Martin Frommelt

Am 1. Mai 2004 wird die EU von 15 auf 25 Länder erweitert. Die zehn neuen EU-Länder treten gleichzeitig dem EWR bei. Zwei Schwerpunkte der Erweiterungsverhandlungen bildeten für Liechtenstein die Finanzen und die Personenverkehrsregelung. Wie im Volksblatt bereits am 11. April berichtet, wird Liechtenstein statt 300 000 Franken neu 1,5 Mio. Franken zu bezahlen haben. Betreffend Personenverkehrsregelung wird Liechtenstein jedoch keine Erhöhung der Zuzugsquote zugestehen müssen, zeigte sich Hasler erfreut.

Zinsertragsbesteuerung

Nach der Sommerpause wird auch intensiv über die Zinsertragsbesteuerung verhandelt. Nach der grundsätzlichen Einigung, welche die EU mit der Schweiz getroffen hat, ist der Regierungschef zuversichtlich, dass auch Liechtenstein eine Einigung erzielen kann. Betreffend Schengen verfolge Liechtenstein die Gespräche der Schweiz, je nach Ausgang werde auch Liechtenstein in solche Gespräche eintreten, so Regierungschef Hasler.

Kirche und Bauen

Vermutlich in der nächsten Woche wird die Regierung das Wohnbauförderungsgesetz in die Vernehmlassung schicken. Im Herbst



Standen Rede und Antwort (v.l.): Regierungsrat Hansjörg Frick, Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck und Regierungschef Otmar Hasler.



soll die Baugesetz-Revision folgen. Die Entflechtung von Staat und Kirche wird nach der Sommerpause mit der Einberufung einer erweiterten Arbeitsgruppe vorangetrieben.

Telefonie: «Verbesserungen»

Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck informierte, dass der Kauf der Telecom FL durch die LTN kurz vor dem Abschluss stehe. Im September wird das Geschäft dem Landtag vorgelegt. Die Regierungschef-Stellvertreterin ist überzeugt, dass die neue Telefonie-Lösung «deutliche Verbesserungen gegenüber der heutigen Situation bringen wird». Ob dies auch eine Verbilligung der Telefoniepreise bedeutet, liess Rita Kieber-Beck noch offen.

Verkehr und Medien

Rita Kieber-Beck zum grossen Verkehrsmittel-Projekt: «Wir sind voll dran. Die Regierung wird sich zu dieser Frage in Klausur bege-

ben.» Zu der anfangs Woche vorgestellten «Alpenrheinbahn» sagte Rita Kieber-Beck, die Anbindung des Oberrheintals an die internationalen Bahnlinien sei für sie nichts Neues, diesbezüglich würden bereits Gespräche auf Regierungsebene stattfinden. Ein Projekt schliesslich, das die Regierungschef-Stellvertreterin im Herbst forcieren will, ist die Erarbeitung einer Medienrecht-Vorlage.

Gesundheitsreform

Sozialminister Hansjörg Frick beschäftigt sich derzeit sehr intensiv mit der Gesundheitsreform. Es gelte derzeit, alle Anträge und Ergänzungen seitens des Landtages bestmöglichst einzuarbeiten, um im Oktober die zweite Lesung durchführen zu können. Frick betonte, dass die Regierung aber nicht von ihrer grundsätzlichen Stossrichtung abweichen werde. «Das Modell ist zusammen erarbeitet worden und ist eine auf unser Land zugeschnittene Lösung. Wir wollen eine

Zwischenlösung, um jungen Liechtensteiner Ärzten eine Chance zu geben, eine Praxis zu eröffnen», so der Sozialminister. Heute Ärzten, die nicht im Hausarztmodell vertreten sind, die Kassenzulässigkeit wegzunehmen, wäre laut Frick «unmoralisch und unsozial», denn hier sei auf Besitzstandswahrung zu achten.

Wirtschaftsleitbild

Unter der Federführung von Frick wird derzeit auch ein Wirtschaftsleitbild erarbeitet. Als Erstes gelte es eine Art Vision zu entwickeln, um aufzuzeigen, wohin sich die Wirtschaft langfristig entwickeln soll.

Energiekonzept kommt

Demnächst in die Vernehmlassung schicken will Hansjörg Frick das Energiekonzept. Dieses zielt vor allem in die verstärkte Förderung erneuerbarer Energien sowie die Einhaltung der internationalen Abkommen, sagte Frick.

Kein «goldenes Jahr» für Bankensektor

Liechtensteinischer Bankenverband blickt auf 2002 zurück und sieht nach vorne

VADUZ – 2002 – ein schwieriges Jahr – liessen Adolf E. Real, der Präsident des Liechtensteinischen Bankenverbands und Philip Schädl, der Bankenverbands-Geschäftsführer gestern Abend in Vaduz noch einmal Revue passieren. Die Kernaussage: 2002 war «kein goldenes Jahr», für die Zukunft ist man aber verhalten optimistisch.

• Wolfgang Zechner

Das schwierige wirtschaftliche Umfeld, eine schleppende Konjunktur und das angeschlagene Vertrauen in die Finanzmärkte führte dazu, dass die Gewinne bei den Banken im Jahre 2002 einbrachen. Dies spiegelte sich vor allem im Rückgang des Gesamttotals der Jahresgewinne der liechtensteinischen Banken von 443 Mio. Franken auf 251 Mio. Franken (-43,34 Prozent) sowie des Bilanzsummentotals von 34,78 Mrd. Franken auf 32,67 Mrd. Franken (-6,07 Prozent) wider.

Doch es gibt auch Positives vom Bankenplatz zu vermelden. Der Tendenz der vergangenen Jahre folgend, erhöhten sich die Eigenmittel aller Banken von 3,97 Mrd. Franken auf 4,25 Mrd. Franken, was einem Anstieg von 7,07 Prozent entspricht. Trotz der anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen gelang es jedoch einigen Banken,



Roundtable-Gespräch gestern in Vaduz: 2002 war kein goldenes Jahr, für die Zukunft herrscht beim Liechtensteinischen Bankenverband aber verhaltener Optimismus.

ihre Bilanzsummen zu erhöhen und zusätzliche Kundengelder zu akquirieren. Als besonders entscheidendes Ereignis im Vorjahr – neben dem Ende des FATF-Monitoring-Prozesses – nannte Real unter anderem den Abschluss des Rechtshilfeabkommens mit den USA, da so der QI-Status der liechtensteinischen Banken um zwei

weitere Jahre verlängert werden konnte. An der immensen Bedeutung dieses «Banken-Qualitätssiegels» für Liechtenstein liess Adolf E. Real gestern keinen Zweifel: «Wertschriftengeschäfte ohne QI-Status wären zum Beispiel für eine Bank von der Grösse der VP Bank undenkbar.»

Die laufenden Verhandlungen

zwischen Liechtenstein und der EU in Sachen Zinsertragssteuer sieht Real derweil differenziert: Das positive Element dabei ist die Beibehaltung des Bankgeheimnisses auf dem Status quo. Als nachteilig sind die hohen Projektaufwendungen zu sehen wie auch die Tatsache, dass Drittstaaten von einer fremden Steuerpolitik vereinnahmt werden.» Der Bankenverbandspräsident meinte aber, dass aus organisatorischen Gründen ein Kompromiss bis zum Herbst dieses Jahres erreicht werden muss.

Thomas Piske soll Adolf E. Real nachfolgen

Apröpos Bankenverbands-Präsident. Da Adolf E. Reals zweijährige Amtszeit die «Halbwertszeit» auch schon überschritten hat, wurde gestern während der Presseorientierung die Frage laut, ob es einen «logischen Nachfolger» für das Jahr 2004 gibt? Eine Frage, die von Real gestern klar beantwortet wurde. Der LGT-CEO und bisherige Bankenverbandsvize Thomas Piske wird wohl Real «beerben».

Zu guter Letzt konnte der Bankenverband auch Zuwachs vermelden. Die NewCentury Bank AG trat zu Beginn des Jahres als 16. Bank dem Bankenverband bei. Somit sind nunmehr 16 von 17 in Liechtenstein tätige Geldinstitute unter dem Dach des Bankenverbandes organisiert.